

Dem Waldschutz droht der Holzweg

Rosmarie Bär • **Der Schutz der tropischen Wälder wird eine zentrale Säule eines neuen Klimaabkommens sein. Denn die Abholzung ist für einen Fünftel des globalen CO₂-Ausstosses verantwortlich. Umstritten ist, wie der Waldschutz finanziert werden soll. Industrieländer wollen ihn in den internationalen Emissionshandel integrieren. Klimapolitisch wäre dies ein Holzweg.**

Das Thema Wald steht seit zwei Jahren ganz oben auf der Traktandenliste der Klimaverhandlungen. Der Weltklimarat (IPCC) betont in seinem vierten Sachstandsbericht (2007), dass der Erhalt der letzten intakten Urwälder von elementarer Bedeutung ist, um die Klimaveränderung einzudämmen. Denn 20 Prozent der von Menschen verursachten Treibhausgas-Emissionen stammen aus der Abholzung der Regenwälder.

Jährlich werden gemäss der Uno-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO) 13 Millionen Hektar Regenwald abgeholzt. Die letzten grossen Urwälder Afrikas, Lateinamerikas und Asiens – früher als Lungen der

Erde bezeichnet – sind massiv von Axt, Motorsäge, Bulldozer und Brandrodungen bedroht. Bischof Erwin Kräutler, Vorsitzender des brasilianischen Indianermissionsrates Cimi, wies kürzlich bei einem Besuch in der Schweiz darauf hin, dass in Brasilien pro Minute sechs Hektar Regenwald verschwinden. ExpertInnen prognostizierten einen Untergang von Amazonien in zwanzig bis vierzig Jahren – mit katastrophalen Folgen für das Weltklima.

Viele Akteure, vielfältige Motive

Viele Akteure sind am Kahlschlag beteiligt: Holz- und Bergbaukonzerne, Regierungen, Grossgrundbesitzer, Kleinbauern. Entsprechend vielfältig sind ihre Motive: vom Fällen einzelner Hartholzbäume für den Export über die Brandrodung für die Selbstversorgung bis zu grossflächigen Agrotreibstoff-Plantagen. Vor allem der Boom von Agrotreibstoffen ist für die Wälder fatal. Um nochmals Bischof Kräutler zu zitieren: «Ethanol versetzt Amazonien den nächsten Dolchstoss. Obwohl die Böden des Regenwaldes für den Anbau von Zuckerrohr ungeeignet sind, wird der Wald grossflächig geschlagen oder in Brand gesetzt für Viehweiden und Sojafelder, die in anderen Bundesstaaten dem Zuckerrohr weichen müssen.»

Die Waldzerstörung setzt einen fatalen «Klima-Teufelskreis» in Gang: Durch die Abholzung wird das in Bäumen und Böden gespeicherte CO₂ freigesetzt. Das wiederum beschleunigt die Klimaveränderung, führt vermehrt zu Dürren, starken Stürmen, Erosion und Bränden und zerstört so weiteren Wald.

Zauberformel REDD

Seit der Uno-Klimakonferenz von Bali (2007) ist man sich einig: ohne Waldschutz kein nachhaltiger Klimaschutz. Der Schutz der Wälder soll als einer der Hauptpfeiler in einem Post-Kyoto-Abkommen verankert werden. Die neue Zauberformel dazu heisst REDD: Reducing Emissions from Deforestation and Degradation. Mit REDD will man dem in den Wäldern gebundenen CO₂ einen ökonomischen Wert geben und so einen Anreiz für deren Erhaltung schaffen (vgl. Kasten).

Die Idee an sich ist nicht umstritten. Gestritten wird um die konkrete Ausgestaltung dieses Mechanismus. Soll er nur für natürliche Wälder gelten oder auch für Forstplantagen? Wer soll für den Walderhalt «belohnt»



Foto: Lucas Jemel

Die Zerstörung des Regenwaldes setzt viel CO₂ frei: Öfen zur Herstellung von Holzkohle für die brasilianische Stahlindustrie in Amazonien.

werden: der Staat, lokale Gemeinschaften oder auch private Konzerne? Sollen primär diejenigen profitieren, die bis anhin massiv abholzten, oder jene, welche dem Wald schon bisher Sorge trugen?

Streitpunkt Emissionshandel

Die heftigsten Debatten aber drehen sich um die Finanzierung. Das Climate Action Network International (CAN), ein weltweites Netzwerk von über 450 Nichtregierungsorganisationen, schlägt vor, dazu einen speziellen Fonds zu bilden und diesen mit Erlösen aus der Versteigerung von CO₂-Emissionsrechten im Norden zu speisen. Damit will CAN verhindern, dass der Schutz des Waldes kommerzialisiert und als Ablasshandel für das Nichtstun im Norden missbraucht wird. Genau darauf zielen die Vorschläge der Industrieländer: Sie möchten REDD mit Waldzertifikaten in den weltweiten Emissionshandel einbeziehen.

Das allerdings hiesse, den Teufel mit dem Beelzebub austreiben. Würde der Wald in den Emissionshandel integriert, würde der Markt mit (billigen) Emissionsrechten überschwemmt und der Schutzgedanke zunichte gemacht. Mit dem Kauf von Waldschutz-Zertifikaten im Süden könnten sich Staaten und Industriekonzerne des Nordens davon freikaufen, selber den Ausstoss klimaschädlicher Gase zu reduzieren. Was im fernen Südamerika durch Regenwaldschutz vermieden würde, könnte zu Hause getrost in die Atmosphäre gepumpt werden. Waldschutz könnte so bedeuten, dass in Europa mehr Kohlekraftwerke ans Netz gehen.

Auch die brasilianische Regierung, ein gewichtiger Player in der internationalen Walddiskussion, lehnt die Integration von REDD in den Emissionshandel ab. Tasso Azevedo von der staatlichen Waldbehörde Serviço Florestal begründet dies so: «Wenn unsere Anstrengungen, die Emissionen zu reduzieren, dafür genutzt werden, um an anderen Orten weiter zu emittieren, dann steigt die Temperatur des Planeten, und wir verlieren Amazonien, weil es austrocknet. Das ist eine unsinnige Rechnung.» Der Weltklimarat hat keinen Zweifel offen gelassen, dass der Waldschutz zusätzlich zu den CO₂-Reduktionen in den Industrieländern realisiert werden muss. Sonst steuern wir mit Sicherheit auf eine unbeherrschbare Klimakatastrophe zu.

Indigene Völker einbeziehen

Wälder sind nicht «bloss» für das Klima zentral, sondern auch als Lebensraum von Millionen von Menschen und für die biologische Vielfalt. Über 100 Millionen Menschen, vor allem Indigene und Kleinbauernfamilien, leben in Tropenwäldern. Sie liefern ihnen Nahrung, Energie und Medizin.

Doch Poznan war kein guter Ort für die «Wald-Völker». Just am Tag der Menschenrechte, am 10. Dezember 2008, wurden an der Uno-Klimakonferenz auf Drängen der USA, Kanadas, Australiens und Neuseelands wichtige Passagen, die auf die Rechte der indigenen Völker verwiesen, aus dem Verhandlungspapier gestrichen. Auch die Verknüpfung mit der Konvention zum

Schutze der biologischen Vielfalt wurde gekippt. Es wäre für den Klimaschutz und die Menschenrechte fatal, wenn in Kopenhagen ein REDD-Mechanismus verabschiedet würde, der die Rechte der indigenen Völker und der lokalen Waldgemeinschaften nicht anerkennt und ihre Lebensweisen nicht respektiert.

Wo steht die Schweiz?

Die Vorstellungen der Schweiz, wie der REDD-Mechanismus auszugestalten sei, sind bis anhin wenig bekannt. Innerhalb der Verwaltung ist offenbar noch keine konsensfähige Strategie vorhanden. Weder 2007 in Bali noch 2008 in Poznan wurde der Waldschutz von der Schweizer Delegation in der Öffentlichkeit als zentrales Verhandlungsthema dargestellt. Zu Besorgnis Anlass gibt ein Positionsbezug der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza). Sie bezeichnet in einem Grundlagenpapier «eine Verbindung [von REDD] mit dem internationalen Post-Kyoto-Kohlenstoffmarkt als wünschenswert». Die nachgeschobene Einschränkung, wonach «die Anrechenbarkeit von Massnahmen genau geprüft und falsche Anreize vermieden werden müssen», mag nicht wirklich zu beruhigen.

Alliance Sud fordert den Bundesrat auf, sich dafür einzusetzen, dass

- REDD nicht in den Emissionshandel eingeschlossen wird.
- ein internationaler Fonds als verlässliche Quelle für die Finanzierung von Waldschutz geschaffen wird.
- der REDD-Mechanismus so konzipiert wird, dass die Einsparungen von Emissionen durch den Erhalt der Wälder *zusätzlich* zu den Reduktionszielen der Industrieländer realisiert werden.
- die Rechte der indigenen Völker und lokalen Gemeinschaften anerkannt und geschützt werden.

Was bedeutet REDD?

Die Abkürzung REDD steht für Reducing Emissions from Deforestation and Degradation: Massnahmen zur Verringerung von Emissionen aus der Entwaldung und Schädigung der Wälder. Mit REDD soll dem in den Wäldern gespeicherten CO₂ ein wirtschaftlicher Wert gegeben werden. Die Erhaltung des Waldes soll zu einer rentablen Alternative gegenüber seiner Zerstörung werden. Entwicklungsländer, die bereit und fähig sind, die Zerstörung ihrer Wälder zu stoppen, sollen dafür finanziell entschädigt werden.

Nicolas Stern, ehemaliger Chef-Ökonom der Weltbank, schätzt, dass mit jährlichen Investitionen von 10 bis 15 Milliarden US-Dollar die Hälfte der Treibhausgas-Emissionen durch Entwaldung eingespart werden könnte. Entwicklungsländer wie Brasilien und Papua-Neuguinea bevorzugen öffentliche Gelder, Tuvalu schlägt einen internationalen REDD-Fonds vor, gespeisen aus einer CO₂-Abgabe auf Flug- und Schiffsverkehr. Gemäss der EU-Studie «The Economics of Ecosystems and Biodiversity» (2007) führt die Abholzung zu jährlichen Schäden von bis zu 5 Billionen Dollar pro Jahr. Das sind bis zu 7 Prozent des globalen Bruttoinlandproduktes.